

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

politisches

# Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

## September 94

**01.09.1939**

Vor 55 Jahren: Beginn des Zweiten Weltkriegs

**11.09.1989**

Vor 5 Jahren: Ungarn öffnet die Grenze für DDR-Flüchtlinge

**12.09.1949**

Vor 45 Jahren: Theodor Heuss wird Bundespräsident

**15.09.1949**

Vor 45 Jahren: Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt

**19.09.1984**

Vor 10 Jahren: Durchbruch für das Katalysator-Auto

**21.09.1949**

Vor 45 Jahren: Adenauer betritt den "alliierten" Teppich

**22.09.1984**

Vor 10 Jahren: Kohl und Mitterrand in Verdun

**25.09.1989**

Vor 5 Jahren: Die erste "Montagsdemonstration"

**30.09.1989**

Vor 5 Jahren: Glückliches Ende des Prager Flüchtlingsdramas

## Beginn des Zweiten Weltkriegs

Am 1. September 1939 - heute vor 55 Jahren - beginnt auf Befehl Hitlers der deutsche Überfall auf Polen. Erst wenige Tage zuvor, am 23. August 1939, hat er sich durch seinen Pakt mit dem sowjetischen Diktator Josef Stalin im Osten freie Hand verschafft; denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt wird ergänzt durch ein Geheimabkommen über die künftige Aufteilung des polnischen Territoriums und die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa. Am 3. September lösen Frankreich und Großbritannien jedoch ihren Beistandspakt gegenüber Polen ein und erklären dem nationalsozialistischen Deutschland den Krieg. Damit zerschlägt sich Hitlers Hoffnung, einen begrenzten Eroberungszug gegen Polen führen zu können.

Aus dem europäischen Krieg, der Hitler zunächst große Anfangserfolge bringt, wird zwei Jahre später endgültig ein Weltkrieg: Im Juni 1941 überfällt Hitler seinen bisherigen Verbündeten Stalin; als der Vorstoß gegen Moskau zum Stehen kommt und der ungewöhnlich harte Winter die deutschen Armeen in eine schwere Krise stürzt, erklärt Hitler im Dezember 1941 auch noch den USA den Krieg - vier Tage nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour am 7. Dezember. Jetzt haben die "Achsenmächte" Deutschland, Italien und Japan in einem die ganze Erde umspannenden Krieg die Menschen und die Ressourcen von drei Vierteln der Welt gegen sich. Hitler steuert sehenden Auges auf die Katastrophe zu; aber da er schon das eine seiner zwei Lebensziele - die Eroberung von "Lebensraum" im Osten - nicht mehr erreichen kann, versucht er nun, das andere in die Tat umzusetzen: Er befiehlt die Vernichtung der europäischen Juden. Im Januar 1942 werden auf der "Wannsee-Konferenz" die Weichen für ein schauerliches Vernichtungswerk gestellt, für das es in der Geschichte der Menschheit kein Beispiel gibt.

Der Zweite Weltkrieg endet nach fünfeinhalb Jahren mit 55 Millionen toten Soldaten und Zivilisten und mit unvorstellbaren Verwüstungen auf allen Kriegsschauplätzen. Etwa sechs Millionen Juden sind unschuldige Opfer von Hitlers verbrecherischem Rassenwahn geworden. Das nationalsozialistische Deutschland muß am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulieren. Deutschland wird besetzt und geteilt; die Menschen hungern, leben in Trümmern und Ruinen; etwa 14 Millionen Deutsche werden Opfer von Flucht und Vertreibung, mehr als zwei Millionen kommen dabei um.

In seiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl heute vor fünf Jahren - am 1. September 1989 - im Deutschen Bundestag: "Wir bekennen uns zum absoluten Vorrang der Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen seines Lebens; zur Absage an Krieg und Gewalt als Mittel der Politik und . . . zu dem Ziel eines freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa."

## Ungarn öffnet die Grenze für DDR-Flüchtlinge

Am 11. September 1989 - heute vor fünf Jahren - öffnet Ungarn für alle ausreisewilligen DDR-Flüchtlinge im Land die Grenzen nach Österreich. Am 10. September abends hat der ungarische Außenminister Gyula Horn diese Entscheidung seiner Regierung im Fernsehen bekanntgegeben und angekündigt, daß die Grenzöffnung um Mitternacht wirksam werden wird. Zu dieser Zeit befinden sich rund 6.500 Deutsche aus der DDR in ungarischen Auffanglagern - auf Campingplätzen, in provisorischen Zeltunterkünften, auf Schul- und Kirchenhöfen. Viele brechen bereits mitten in der Nacht zur Grenze auf; bis zum Nachmittag haben etwa 5.600 Flüchtlinge die sechs ungarisch-österreichischen Grenzübergänge passiert. Am darauf folgenden Morgen sind im bayerischen Grenzgebiet schon über 10.000 DDR-Übersiedler registriert. Sie sind mit Hunderten von Privatwagen und mit über 100 Bussen in Bayern angekommen, wo sie im Auftrag der Bundesregierung von Regierungssprecher "Johnny" Klein willkommen geheißen werden; der Flüchtlingsstrom sei ein "historischer Vorgang", erklärt Klein, das spürten auch die Deutschen im Westen.

Bis Ende September kommen auf dem Weg über Ungarn mehr als 25.000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Die Bilder von dieser Massenflucht, die vom Fernsehen in alle Welt verbreitet werden, werfen ein grelles Licht auf die zerbröselnde Macht der SED. Mit jeder Meldung über neue Flüchtlingsrekorde erfährt das ohnehin schon schwer ramponierte Ansehen der DDR-Machthaber einen neuen Schlag.

Möglich geworden ist die sensationelle Wendung im Flüchtlingsdrama durch den Beschluß der ungarischen Regierung, ein zweiseitiges Abkommen mit der DDR kurzerhand außer Kraft zu setzen, das beiden Staaten bisher untersagte, Staatsbürger des jeweils anderen Landes ohne Genehmigung ihres Heimatlandes in den Westen ausreisen zu lassen. - Die Führung in Ost-Berlin reagiert mit wütenden Beschuldigungen und wirft Ungarn die Beteiligung an "Menschenhandel" vor, was von Außenminister Horn als Beleidigung zurückgewiesen wird.

Die ungarische Grenzöffnung in der Nacht zum 11. September 1989 ist ein historisches Datum ersten Ranges; im Rückblick bedeutet es nicht mehr und nicht weniger als den Anfang vom Ende der DDR. Die Vorgeschichte führt nach Bonn, wo am 25. August 1989 der ungarische Ministerpräsident Miklos Nemeth und Außenminister Horn zu einem überraschenden Besuch eintreffen; vier Stunden lang sprechen sie auf Schloß Gymnich mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Dieses Treffen bereitet den Weg für die ungehinderte Ausreise der DDR-Flüchtlinge knapp drei Wochen später. Immer wieder wird Bundeskanzler Kohl in den folgenden Monaten die Entscheidung der ungarischen Führung würdigen. Schon auf Schloß Gymnich hat er erkannt, welche Folgen die Öffnung der Grenze haben wird. In kleinem Kreis wird er später seine Emotionen schildern, als ihm die Ungarn erklären, daß sie keine Gegenleistungen irgendwelcher Art für ihren Schritt verlangen. Und öffentlich sagt Kohl - so Mitte Dezember 1989 in der Budapester Universität - , daß den Deutschen die Hilfe seitens der Ungarn unvergeßlich bleiben werde; denn Ungarn habe "den ersten Stein aus der Mauer geschlagen".

## Theodor Heuss wird Bundespräsident

**A**m 12. September 1949 - heute vor 45 Jahren - wird der FDP-Vorsitzende Theodor Heuss von der in Bonn tagenden Bundesversammlung zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Bonner Bundeshaus fällt die Entscheidung für Heuss im zweiten Wahlgang; nachdem er bereits im ersten deutlich vorn gelegen hat, erreicht er im zweiten 416 Stimmen und damit 13 mehr als die notwendige Mehrheit von 403 Stimmen; sein schärfster Konkurrent, der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, kommt auf 312 Stimmen.

Der Wahl vorausgegangen sind heftige Debatten und leidenschaftliche Auseinandersetzungen - vor allem in den beiden großen Parteien. Schumacher trifft in den eigenen Reihen auf erhebliche Widerstände, weil auch viele seiner Anhänger und Mitstreiter Zweifel haben, ob er der geeignete Kandidat für das Amt des Staatsoberhauptes ist. Für die CDU andererseits bedeutet das Votum für einen Bundespräsidenten Heuss eine Vorentscheidung über die künftige Koalitions- und Regierungsbildung - und damit auch über den politischen Kurs des eben aus der Taufe gehobenen westdeutschen Teilstaats.

Am Ende setzt sich Konrad Adenauer in der CDU/CSU mit seinem Votum für den FDP-Kandidaten souverän gegen die Anhänger einer Großen Koalition mit der SPD durch. Und die gelungene Wahl von Heuss zum ersten Bundespräsidenten stellt endgültig die Weichen zugunsten der "kleinen" Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP. An der Spitze dieses Bündnisses aus den Parteien der bürgerlichen Mitte wird sich Adenauer selbst drei Tage später der Wahl zum Bundeskanzler stellen.

Dem Bundespräsidenten Theodor Heuss gelingt es schon mit seiner ersten Rede unmittelbar nach seiner Wahl, Brücken nach allen Seiten hin zu schlagen und auch jene für sich einzunehmen, die nicht für ihn votiert haben. Souverän schlüpft er in die neue Rolle und eignet sich mit größter Gelassenheit und fast mühelos das protokollarisch höchste Amt im neuen Staat an. Als Heuss das Bundeshaus bei strahlendem Sonnenschein verläßt, um den nagelneuen offenen Mercedes mit der Präsidenten-Standarte zu besteigen, beginnt ein wahrer Triumphzug durch die Bonner Innenstadt, wo er vom Balkon des Rathauses eine vielbejubelte Ansprache an die Bevölkerung hält. Die Polizei ist dem folgenden Ansturm der begeisterten Menge nicht gewachsen; Heuss verliert im Gedränge vorübergehend seine Frau, während die Ministerpräsidenten Karl Arnold (NRW) von der CDU und Hinrich Wilhelm Kopf (Niedersachsen) von der SPD die für das Präsidentenpaar bestimmten Blumen einheimsen. Selbst auf dem anschließenden Weg in die Wohnung von Heuss auf Viktorshöhe in Bad Godesberg stehen jubelnde und fähnchenschwenkende Menschen Spalier.

Die unter heftigen Geburtswehen ins Leben getretene Bundesrepublik Deutschland hat ihr erstes Staatsoberhaupt - und was für eines!

## Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt

**A**m 15. September 1949 - heute vor 45 Jahren - wird Konrad Adenauer vom Deutschen Bundestag zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Mit 202 von 402 Stimmen erhält er genau jenes Votum der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, welches das Grundgesetz in Artikel 63 verlangt. Adenauer macht keinen Hehl daraus, daß er seine Wahl auch der eigenen Stimme verdankt. Auf die Frage, ob er sich denn selbst gewählt habe, antwortet er in der ihm eigenen, umwerfend nüchternen Art: "Selbstverständlich, etwas anderes wäre mir doch als Heuchelei vorgekommen."

In Wahrheit ist Adenauers Mehrheit im ersten Bundestag im Zweifel sehr viel breiter als es das Wahlergebnis ausweist; denn Bayernpartei, Zentrum und andere Gruppierungen, die sich der Stimme enthalten haben, sind durchaus nicht die natürlichen Verbündeten der größten Oppositionspartei, der SPD. Insofern kann Adenauer mit gesicherter parlamentarischer Unterstützung für seine Politik rechnen, die er unmittelbar nach der Wahl gegenüber der Deutschen Presse-Agentur mit folgenden Stichworten umreißt: Fortführung der sozialen Marktwirtschaft, Wohnungsbau, Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Außenpolitisch plädiert er für eine Politik der europäischen Einheit und für die deutsch-französische Verständigung; vor allem aber verlangt er eine Revision der alliierten Demontagepolitik, damit der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht weiter unnötig erschwert wird.

Die "New York Times" schreibt zu seiner Wahl: "Wenn es in Europa einen Staatsmann gibt, der alles erdenkliche Glück, das man ihm wünscht, wirklich gebrauchen kann, so ist es Dr. Konrad Adenauer." Und der Leitartikler der "Süddeutschen Zeitung" merkt zu seiner Wahl an: "Er schläft besser und hat demzufolge bessere Nerven als die meisten Männer, die es mit ihm zu tun haben."

Tatsächlich wird Adenauer volle 14 Jahre lang die Richtlinien der Politik bestimmen und unter den Stichworten "Bündnis mit Amerika", "Aussöhnung mit Frankreich", "NATO-Mitgliedschaft" und "Europäische Einigung" die dauerhafte Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Verbund der westlichen Demokratien schaffen. - 20 Jahre später bringen die Wahlen vom September 1969 den sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt an die Regierung, der seine Politik der "Entspannung" und des "geregelten Nebeneinanders" gegenüber dem Osten als Gegenstück und Ergänzung zu Adenauers Politik der Westbindung versteht. - Und abermals 20 Jahre später, im September 1989, beginnen im Osten die Mauern zu wanken; Bundeskanzler Helmut Kohl nutzt die historische Chance der friedlichen Wiedervereinigung, die a l l e n Deutschen Freiheit und Menschenrechte unter dem Dach des westlichen Bündnisses garantiert.

## Durchbruch für das Katalysator-Auto

**A**m 19. September 1984 - heute vor zehn Jahren - fällt in Bonn eine Grundsatzentscheidung für das umweltfreundliche Auto. Das Bundeskabinett verabschiedet einen Stufenplan, der die obligatorische Einführung der strengen amerikanischen Abgaswerte für Neuwagen ab Anfang 1989 und für Autos mit mehr als zwei Litern Hubraum schon ab Anfang 1988 vorsieht. Bereits zum 1. Juli 1985 werden Katalysator-Autos steuerlich begünstigt; eine Reihe weiterer Anreize im Bereich der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer werden der "flächendeckenden" Einführung des abgasarmen Autos zusätzliche Schubkraft verleihen: alles in allem können sich die steuerlichen Vorteile - über mehrere Jahre verteilt - leicht auf 3.000 DM für jeden abgasarmen Neuwagen summieren.

Damit hat sich die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl in Europa an die Spitze des umweltpolitischen Fortschritts gestellt; Autofahrer, Industrie und westliche Partnerländer haben jetzt klare Vorgaben. Obwohl die Bundesregierung der ausländischen Konkurrenz genug Zeit läßt, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen, sind die Reaktionen unter den EG-Partnern alles andere als freundlich: Frankreichs Automobilindustrie erhebt massive Proteste, der Pariser Premierminister schreibt dem Bundeskanzler einen besorgten Brief. "Bestürzt" zeigen sich die Briten, verärgert die Italiener. Aber Bonn bleibt dabei: nach langen und mehr oder weniger ergebnislosen Gesprächen im Kreise der EG mußte einer den Vorreiter machen und Maßstäbe für die übrigen Europäer setzen. Die Bundesregierung hat bei ihrer Entscheidung nicht zuletzt die zunehmenden Waldschäden im eigenen Land im Blick; zudem handelt es sich beim Katalysator um eine Technik, die durchaus als serienreif gelten darf. Das beweisen schließlich die europäischen Exportautos, die längst mit Katalysatoren nach den USA geliefert werden.

Die Bonner Entscheidung hat die erwartete Sogwirkung. Schritt um Schritt ziehen die übrigen europäischen Länder nach, und heute - zehn Jahre später - ist der Katalysator in Europa zum selbstverständlichen Standard geworden. Auf den Straßen der Bundesrepublik hat er schon zwischen 1986 und dem ersten Halbjahr 1989 seinen Siegeszug angetreten; in dieser Zeit steigt der Anteil schadstoffarmer Pkw an den Neuzulassungen von 40 auf 96 Prozent. Ähnliches gilt für die Einführung des bleifreien Benzins: schon 1989 "vertragen" 93 Prozent aller in der Bundesrepublik zugelassenen Autos den neuen umweltfreundlichen "Sprit". Und entgegen allen düsteren Prophezeiungen ist auch die europaweite Logistik längst kein Thema mehr: bleifreies Benzin gibt es vom Nordkap bis nach Sizilien.

## Adenauer betritt den "alliierten" Teppich

**A**m 21. September 1949 - heute vor 45 Jahren - fährt Bundeskanzler Konrad Adenauer mit fünf seiner neu ernannten Minister auf den Petersberg. Dort oben, schräg gegenüber von Bonn, auf den Höhen des Siebengebirges, residieren zu jener Zeit die eigentlich Mächtigen im kurz zuvor gegründeten westdeutschen Teilstaat: John McCloy, Sir Brian Robertson und André Francois-Poncet, die Hohen Kommissare der drei westlichen Alliierten. Adenauer setzt sie offiziell von der Bildung seines Kabinetts am Tage zuvor in Kenntnis; Francois-Poncet antwortet im Namen der Hohen Kommission, daß in diesem Augenblick das Besatzungsstatut in Kraft trete; die drei westalliierten Militärregierungen sind somit durch die zivile Hohe Kommission als der nunmehr obersten alliierten Instanz in Westdeutschland abgelöst worden.

In seiner kurzen Ansprache ersucht Adenauer die Hohen Kommissare, sich bei ihren Regierungen für eine verstärkte Beachtung des Vertriebenenproblems einzusetzen, das trotz aller eigenen Anstrengungen kaum zu lösen sei. Krisen und Unordnung in Westdeutschland würden aber auch für den ganzen Kontinent eine Gefährdung darstellen. Ausdrücklich und "dankbaren Herzens" stellt er zugleich fest, "daß die deutsche Bevölkerung in den schweren vergangenen Jahren vor der Gefahr des Verhungerns dadurch bewahrt wurde, daß die Alliierten mit Lebensmittelsendungen halfen, für die damals entsprechende Gegenwerte aus dem deutschen Export noch nicht aufgebracht werden konnten".

In seiner Antwort erklärt Francois-Poncet, daß eine Revision des Besatzungsstatuts im deutschen Sinne um so schneller erfolgen könne, je gewissenhafter seine Bestimmungen beachtet würden. Die Hohen Kommissare hofften, "daß die junge deutsche Demokratie, nachdem sie zu einem Faktor von Ruhe und Frieden geworden sein wird, ihren Platz in der zukünftigen europäischen Organisation einnehmen kann".

Zum Ereignis für die Zeitgenossen wird Adenauers Antrittsbesuch bei den Hohen Kommissaren aber durch ein Detail, das - festgehalten auf einem berühmt gewordenen Foto - Adenauers Streben nach gleichberechtigter Partnerschaft im Kreis der Westmächte dokumentiert. Ursprünglich ist vorgesehen, daß Adenauer vor dem Teppich stehenbleibt, auf dem die drei Hohen Kommissare stehen. Da die Verkündung eines Besatzungsstatuts "für einen Besiegten" aber ohnehin "eine unangenehme Sache" ist, der Bundeskanzler sich zudem als demokratisch legitimierter Regierungschef versteht, seine Gegenüber aber lediglich als Amtsträger ihrer jeweiligen Regierungen, durchbricht er kurzerhand das vereinbarte Protokoll und betritt selbst demonstrativ den Teppich. Noch in seinen Memoiren schwingt die Befriedigung über dieses fait accompli nach; und die Zeitgenossen vermerken dankbar, daß der frisch gewählte Bundeskanzler gegenüber den allmächtigen Alliierten auf subtile Weise Selbstbewußtsein demonstriert.

## Kohl und Mitterrand in Verdun

**A**m 22. September 1984 - heute vor zehn Jahren - bekräftigen Staatspräsident Francois Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Schlachtfeld von Verdun feierlich die Versöhnung beider Völker und ihr Eintreten für eine gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa. Höhepunkt der über dreistündigen Feiern ist das Abspielen der beiden Nationalhymnen; minutenlang stehen der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler Hand in Hand vor einem in den Nationalfarben beider Länder geschmückten Katafalk vor dem Beinhaus von Douaumont.

1141 Jahre nach dem Vertrag von Verdun, in dem die drei Söhne Ludwigs des Frommen das Fränkische Reich aufteilten, 68 Jahre nach der Schlacht von Verdun, die nahezu einer Million Deutschen und Franzosen das Leben gekostet hat, stellen Kohl und Mitterrand fest: "Europa ist unsere gemeinsame kulturelle Heimat, und wir sind Erben einer großen europäischen Tradition. Deshalb haben wir - Deutsche und Franzosen - vor nahezu 40 Jahren den brudermörderischen Kämpfen ein Ende gesetzt und den Blick auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichtet."

Kohls Vater hat hier in den Hügeln ringsum, irgendwo "vor Verdun", im Ersten Weltkrieg gekämpft; Mitterrand ist ganz in der Nähe im Juni 1940 verwundet und gefangengenommen worden. Jetzt stehen Präsident und Kanzler in ihren dunklen Mänteln vor dem Beinhaus mit den Resten von vielleicht 150.000 unidentifizierten deutschen und französischen Soldaten. Das ist das Bild, welches in Erinnerung bleibt und selbst Geschichte machen wird: Gedenken zu Ehren der Toten, der Hunderttausenden Toten von Verdun, der Millionen Toten des Ersten Weltkriegs, der Toten so vieler Kriege zwischen den beiden Nachbarvölkern. Der Wind weht Nebelfetzen und Schleier von Nieselregen heran; im Hintergrund 15.000 weiße Kreuze gefallener Franzosen; davor die Ehrenformation aus deutschen und französischen Soldaten, Veteranen beider Seiten, regendurchnäßte Ehrengäste und viele Hundert Schulkinder, die das deutsch-französische Jugendwerk als Zeugen der Szene geladen hat. Nicht nur um die Vergangenheit geht es, nicht nur um die symbolische Geste der Versöhnung über den Gräbern, sondern auch um Gegenwart und Zukunft: "Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden", heißt es in der gemeinsamen Erklärung von Präsident und Kanzler. Und: "Mit ihrer gemeinsamen Ehrung der Toten vergangener Kämpfe setzen sie an historischer Stätte ein Zeichen dafür, daß beide Völker unwiderruflich den Weg des Friedens, der Vernunft und der freundschaftlichen Zusammenarbeit eingeschlagen haben. - Die Einigung Europas ist unser gemeinsames Ziel - dafür arbeiten wir - im Geist der Brüderlichkeit."

## Die erste "Montagsdemonstration"

Am 25. September 1989 - heute vor fünf Jahren - demonstrieren in der Leipziger Innenstadt etwa 8.000 Menschen für eine Demokratisierung in der DDR. Zuvor haben sich rund 2.000 Menschen in der Nikolaikirche versammelt. Redner sagen, der Staat habe nicht das Recht, "mit Gewalt zu regieren". Sie fordern Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der DDR. Während der Andacht versammeln sich auch vor der Kirche etwa 2.000 Menschen. Nach dem traditionellen Friedensgebet schließen sie sich mit den Gottesdienstbesuchern in einem Demonstrationzug zusammen; viele andere reißen sich in den Zug ein. Die Menschen bewegen sich in Richtung Bahnhof; dort greifen die Sicherheitskräfte ein und nehmen zahlreiche Demonstranten fest.

Dies ist der eigentliche Beginn der großen Leipziger "Montagsdemonstrationen"; von nun an werden die folgenden Montage - jeweils nach dem Fürbittgottesdienst in der Nikolaikirche - stets größere und gewaltigere Kundgebungen für Freiheit, Demokratie und Reformen in der DDR sehen: Am 2. Oktober sind es schon mehr als 20.000, am 9. Oktober rund 70.000, am 16. Oktober über 120.000 und am 23. Oktober schließlich 300.000 Menschen, die eine demokratische Erneuerung verlangen.

Durch die Montagsdemonstrationen gerät das bereits schwer angeschlagene SED-Regime doppelt in die Zange. Zu dem Ruf "Wir wollen raus!" kommt jetzt das selbstbewußte "Wir sind das Volk!" - Während die Ost-Berliner Führung außenpolitisch durch die unaufhaltsam anschwellende Fluchtwelle in den Nachbarstaaten unter Druck gesetzt und vor den Augen der ganzen Welt blamiert wird, formiert sich jetzt auch noch die Opposition im Innern der DDR und fordert grundlegende Veränderungen, die im Effekt das Ende der SED-Herrschaft bedeuten müssen.

Honecker und seine seit vierzig Jahren herrschende Einheitspartei sind nicht länger Herren der Lage. Gerade diejenigen, die jahrzehntlang stets und ständig bei anderen die "Anerkennung der Realitäten" angemahnt haben, sind in der Stunde der Krise völlig unfähig, die Realitäten im eigenen Staat zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen. - Im Spätsommer 1989 erweist sich, daß der seit Jahrzehnten in Mitteleuropa existierende Status quo in Wahrheit keine solide Grundlage besitzt. Denn eine "Friedensordnung", die das Streben von Millionen Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung dauerhaft ignoriert, kann nicht stabil sein. Und umgekehrt gilt, daß jede neue Freiheit in einer gegebenen Zwangsordnung sich zunächst gegen diese selbst wenden muß. - Das werden die bisherigen kommunistischen Machthaber überall in Mittel- und Osteuropa in den kommenden Tagen und Wochen schmerzlich erfahren.

## Glückliches Ende des Prager Flüchtlingsdramas

**A**m 30. September 1989 - heute vor fünf Jahren - kommt für mehr als viertausend DDR-Flüchtlinge auf dem Gelände der Bonner Botschaft in Prag die erlösende Nachricht: Alle dürfen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen! Als kurz vor 19 Uhr Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Kanzleramtschef Rudolf Seiters auf den Balkon des Palais Lobkowitz treten, um die frohe Nachricht zu verkünden, kennt der Jubel der Menschen keine Grenzen. Zuletzt sind die Zustände auf dem Botschaftsgelände unhaltbar: nachts sind es nur noch sechs Grad, der Boden ist naß, die Betten sind feucht; viele können nur noch abwechselnd schlafen. Die hygienischen Verhältnisse sind unzumutbar, die gesundheitlichen Risiken wachsen. Trotzdem sind jede Stunde neue Menschen über den Zaun gekommen.

Auch das letzte Auftrumpfen der DDR-Führung - der Transport der Flüchtlinge erfolgt mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über das Territorium der DDR zwecks "Ausweisung in die BRD" - zeugt mehr von einem hilflosen Versuch der Gesichtswahrung als von politischer Souveränität. Der Freude und der Erleichterung der Ausreisewilligen tut dies keinen Abbruch; und es ändert auch nichts an der Tatsache, daß die Machthaber in Ost-Berlin in nur wenigen Wochen das über Jahre hinweg mühsam angesammelte Prestige restlos verspielt haben - und zwar nicht nur im Westen, sondern auch in den Staaten des sich wandelnden Ostblocks. In der DDR herrscht sieben Tage vor dem 40. Jahrestag der Staatsgründung eine vorrevolutionäre Situation; die Menschen fordern Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Honecker und seine Helfer haben bis zuletzt nichts dazugelernt. Ohnehin haben sie nur nachgegeben, weil sie durch die Berichterstattung der Medien aus aller Welt gnadenlos kompromittiert zu werden drohen und weil andererseits die geplanten "Jubelfeiern" aus Anlaß der Staatsgründung am 7. Oktober unaufhaltsam herannahen. Und auch das übrige haben andere besorgt: In intensiven Bemühungen am Rande der UNO-Vollversammlung in New York hat Außenminister Genscher in den Tagen zuvor die Voraussetzungen für das glückliche Ende des Dramas in Prag geschaffen; vor allem seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse führen in Ost-Berlin, Prag und Warschau zum Einlenken. Denn auch in Warschau sind es etwa 800 Menschen aus der DDR, die über die dortige Bonner Botschaft ihre Ausreise in den Westen erzwingen wollen.

Noch in der Nacht rollen die Sonderzüge in Richtung Bundesrepublik und bringen bis zum Nachmittag über 7.000 Menschen ins bayerische Hof und nach Helmstedt. Zum Schluß sind viele gar nicht mehr erst in die Bonner Botschaften, sondern gleich zu den Bahnhöfen gegangen, um dort die Sonderzüge zu besteigen. Bei der Durchfahrt in Dresden versuchen verzweifelte Menschen, auf die fahrenden Züge zu springen; tatsächlich gelangen einige von ihnen auf diesem Weg in die Bundesrepublik. - Und kaum sind die Züge aus Prag und Warschau abgefahren, da stehen schon wieder zahlreiche junge Familien mit Kindern vor den Toren der Bonner Vertretungen. Das nächste Kapitel des Flüchtlingsdramas beginnt.